



HESSISCHER LANDTAG

02. 09. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Katastrophaler Hessischer Hochschulpakt 2026-2031 gefährdet Wissenschaftsstandort Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass eine auskömmliche und verlässliche Grundfinanzierung die wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Hochschulstandorts Hessen – mit starker Forschung und guten Studien- und Arbeitsbedingungen – ist. Sie ist ebenso zentral für eine gute Fachkräfteversorgung und die Entwicklung zukunftsweisender Innovationen und somit für eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Hessen.
2. Der Landtag kritisiert vor diesem Hintergrund scharf, dass die Landesregierung in der kommenden Paktlaufzeit des Hessischen Hochschulpakts 2026-2031 massive Budgetkürzungen vornimmt. Die Hochschulen rechnen über die gesamte Paktlaufzeit mit Mehrkosten durch Tarif- und Inflationssteigerungen von einer Milliarde Euro, die nicht durch den Pakt gedeckt sind. Unter Berücksichtigung aller dazugehörigen Sonderprogramme, wie dem Digitalpakt, dem 300-Professuren-Programm oder dem Mittelbauprogramm für die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, sinkt das Niveau der Hochschulfinanzierung von 2025 auf 2026 um fast 200 Millionen Euro und wird erst im Jahr 2030 wieder das Niveau aus 2025 erreichen. Mit diesem Kürzungspakt wird der Hochschulstandort Hessen somit um Jahre zurückgeworfen. Er bedroht das Fundament der Hochschulen – etwa zehn Prozent der Stellen stehen auf dem Spiel, mit erheblichen Folgen für Studium, Lehre und Forschung in Hessen.
3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass insbesondere die in Aussicht gestellte Regelung zum Ausgleich zukünftiger Tarifergebnisse durch das Land keine echte finanzielle Absicherung für die Hochschulen darstellt. Dass nur Tarifabschlüsse über 4 Prozent und erst ab dem Jahr 2028 (teilweise) vom Land übernommen werden sollen, hilft in Anbetracht der massiven Kürzungen am Budget der Hochschulen kaum weiter. Denn auch Tarifergebnisse deutlich unter 4 Prozent werden die Hochschulen vor riesige Finanzierungslücken stellen – mit denen die Landesregierung sie weiterhin komplett alleine lassen will.
4. Der Landtag hält die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei Bildung, Forschung und Innovation für umso unverständlicher, da das Land Hessen durch die Grundgesetzänderung zur Schuldenbremse im Bund bereits für das Jahr 2025 neue Finanzierungsspielräume erhalten hat. Diese ermöglicht den Ländern, 0,35 Prozent des BIP als Schulden aufzunehmen, was für Hessen ab dem Jahr 2025 einen zusätzlichen jährlichen Verschuldungsspielraum von rund einer Milliarde Euro bedeutet. Der Landtag fordert die Landesregierung deswegen auf, die Hessischen Hochschulen im Rahmen eines Sonderprogramms noch in diesem Jahr mit 100 Millionen Euro zusätzlich zu unterstützen. Mit diesem Betrag würden den Hochschulen zumindest die diesjährigen Tarif- und Besoldungserhöhungen ausgeglichen. Denn bisher sind die Hochschulen der einzige Bereich der Landesverwaltung, der diese Personalkostensteigerungen im Jahr 2025 aus eigenen Mitteln stemmen soll. Das reißt riesige Löcher in die Haushalte der Hochschulen, die auch eine Hypothek für die Folgejahre sind.

5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die neuen Spielräume auch dafür zu nutzen, die Finanzierung der hessischen Hochschulen in den Folgejahren gegenüber den Planungen des Hochschulpakts deutlich zu verbessern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. September 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)